

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährig Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.), Tel. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94, Postcheck Nr. IX / 2988



Organ für amtliche Rundmachungen

Anzeigenpreise: Die 1 Spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
 Inland 8 Rp. 21 Rp.
 Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
 Uebrig. Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
 Ausland 13 Rp. 29 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
 Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
 Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
 Schweizer Annoncen A.-G.
 St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Zum Gipfel-Treffen

Seit 15 Jahren Deutschland-Konferenzen

Die Pariser Gipfelkonferenz ist die elfte Zusammenkunft von Staatsmännern aus West und Ost dieser Art nach dem Kriege, in der über das Schicksal des zweigeteilten Deutschland verhandelt wird. Frieden, Wiedervereinigung und Sicherheit für alle waren die großen Stichworte.

Es begann in Potsdam. Am 17. Juni 1945 treffen sich im Schloß Cäcilienhof Truman, Stalin und Churchill. Deutschland ist ein besiegter Staat. Die bedingungslose Kapitulation liegt etwas mehr als drei Monate zurück. Die Hypothek des verlorenen Krieges wiegt schwer: 30 Millionen getötete Zivilisten, 10 Millionen getötete Soldaten, 2 Billionen Dollar indirekte Kosten. Die damaligen Alliierten sind sich einig. Die friedliche Regelung der Deutschland-Frage wird einem «Ständigen Rat der Außenminister» übertragen. Die Festlegung der endgültigen Grenze zwischen Deutschland und Polen soll auf einer Friedenskonferenz erfolgen. Deutsche Behörden sollen unter einem «Alliierten Kontrollrat» mit dem Wiederaufbau beginnen, die endgültige Einteilung in vier Besatzungszonen — in Berlin vier Sektoren — wird festgelegt.

Nächste Etappe ist die Außenministerkonferenz der USA, Großbritannien, Frankreichs und der UdSSR in Paris vom 15. Juni bis 12. Juli 1946. Hier tauchen bereits die ersten Differenzen auf, so in der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland. Gerade dieses Problem ist durch die heute erneut von Nikita Chruschtschew ausgelöste Berlin-Krise wieder von brennender Aktualität und wird auch in Paris am 16. Mai eine nicht unwichtige Rolle spielen. 1946 schlug die Sowjetunion vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland erst zu behandeln, wenn die Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten des deutschen Reiches abgeschlossen sind, während die Westmächte nicht länger warten wollten und den Abschluß separater Verträge ankündigten, wenn ein Gesamtvertragswerk nicht zustande käme!

Ein halbes Jahr später — vom 14. Januar bis 25. Februar 1947 — treten die Stellvertreter der vier Außenminister zusammen, diesmal in London. Wieder geht es um den Friedensvertrag mit Deutschland, wieder wird keine Einigung erzielt. Man vertagt sich auf eine Außenministerkonferenz in Moskau, die wenig später vom 10. März bis 24. April des gleichen Jahres, stattfindet. In der Zwischenzeit ist in der amerikanischen und britischen Zone Deutschlands eine wirtschaftliche Vereinigung vollzogen worden, um den gesunden Wiederaufbau zu beschleunigen. Die Sowjetunion betrachtet das als eine Verletzung des Potsdamer Abkommens und fordert die Auflösung dieser «Bizone». Das wird von den Westmächten abgelehnt, die außerdem auf den Abschluß eines Friedensvertrages drängen, der nicht von der vorherigen Bildung einer gesamtdeutschen Regierung abhängig gemacht werden soll, wie es die Sowjetunion wünscht, der es damals ein leichtes gewesen wäre, diese «Volksvertretung» nach ihren Wünschen zusammensetzen. Die Konferenz scheitert. In der Folgezeit bildet sich in der «Bizone» ein «Deutscher Wirtschaftsrat» mit dem Ziel, in dieser Zone eine Wirtschaftseinheit zu schaffen. Die sowjetische Besatzungsmacht antwortet mit der Errichtung einer «Deutschen Wirtschaftskommission» als zentrale Verwaltungsstelle für die Ostzone.

Die nächste Tagung des Außenministerrates findet in London vom 25. November bis 15. Dezember 1947 statt. Der Vorschlag der Westmächte, eine Kommission zur Prüfung der deutschen Grenzen zu bilden, wird von der Sowjetunion abgelehnt. Sie verlangt dagegen eine Beteiligung an der Ruhr-Kontrolle. Im Hinblick auf die rigorose Reparationspolitik der UdSSR

weigern sich die Westmächte, dem stattzugeben. Die Konferenz wird ergebnislos abgebrochen. Die nächste Zusammenkunft des Außenministerrates findet erst anderthalb Jahre später in Paris statt, vom 23. Mai bis 20. Juni 1949. An diesem 23. Mai ist aber das Bonner Grundgesetz verkündet worden. Während die Westmächte den Beitritt der Länder der Sowjetzone zum Grundgesetz vorschlagen, tritt die Sowjetunion für die Wiedereinsetzung des «Alliierten Kontrollrates» ein. Auch über einen Friedensvertrag bestehen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten.

Vom 5. März bis 21. Juni 1951 findet eine Tagung der Außenminister-Stellvertreter — wiederum in Paris — statt. Während die Sowjetunion die deutsche Wiedervereinigung auf ihrem Programm nicht erwähnt, wünschen die Westmächte die Verhandlung der mit diesem Problem verbundenen Fragen. Dagegen fordert die UdSSR die «Erfüllung der Potsdamer Verträge über die Entmilitarisierung Deutschlands», um sich dadurch ein Mitspracherecht in der Bundesrepublik zu sichern. Als sie schließlich auch noch Fragen des Atlantikpaktes auf die Tagesordnung setzen will, scheidet die Konferenz, zumal ihr Entmilitarisierungsvorschlag sich ungläubwürdig ausnimmt, da in der Ostzone 30 vollausgerüstete Divisionen aufgestellt worden sind, abgesehen von den Verbänden der «Volkspolizei».

Die nächste Konferenz der vier Außenminister tritt vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin zusammen. Zwei Pläne werden von den Partnern entwickelt: der «Eden-Plan» und der «Molotow-Plan». Eden schlägt freie Wahlen in ganz Deutschland vor, als zweiten Schritt eine auf Grund dieser Wahlen zu bildende Nationalversammlung, die eine Verfassung

auszuarbeiten und die Friedensverträge vorzubereiten hätte. Die Sowjetunion plädiert für den Abschluß eines «Gesamteuropäischen Vertrages für die kollektive Sicherheit in Europa». Bundesrepublik und DDR sollen als «gleichberechtigte» Partner einbezogen werden. Außerdem fordert sie vorher den Abzug des Großteils aller Besatzungstruppen. Die Konferenz geht ergebnislos auseinander.

Vom 18.—23. Juli 1955 findet in Genf die Gipfelkonferenz der vier Regierungschef statt. Die Sowjetunion unterstreicht erneut, daß die Bundesrepublik und die «DDR» gleichberechtigte Partner innerhalb eines europäischen Sicherheitssystems sein müßten. Die Wiedervereinigung könne nur durch Annäherung «beider deutscher Staaten» verwirklicht werden. In ihren Direktiven an die Außenminister stellen alle vier Regierungschef fest, daß die «Wiedervereinigung im Wege freier Wahlen» . . . durchgeführt werden solle. Auf der Rückreise von Genf erklärte Chruschtschew jedoch, die Werktätigen der «DDR» würden «dabei ihre Errungenschaften nicht preisgeben».

Nach dem Besuch Bundeskanzler Adenauers in Moskau und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Bonn mit Moskau treten die Außenminister vom 27. Oktober bis 16. November 1955 in Genf erneut zusammen.

Die Fronten haben sich weiter verhärtet. Die Westmächte wiederholen ihre Forderung nach freien, gesamtdeutschen Wahlen, die Sowjetunion beharrt auf der Bildung eines «Gesamtdeutschen Rates» aus gleichberechtigten Vertretern beider Teile Deutschlands.

Das sind — in großen Umrissen — die Positionen, von denen auch die bevorstehende Gipfelkonferenz ausgehen wird. Unzählige Ereignisse weltpolitischen Charakters und die Gewöhnung an das west-östliche Gleichgewicht kommen dazu, welche letztere sehr wohl zu einer resignierten Verewigung der deutschen Teilung führen könnte. P. K.



Der neue Präsident der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein

Die Generalversammlung der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein, die am vergangenen Samstag in Chur tagte, wählte für den verstorbenen Präsidenten, Fürstl. Justizrat Dr. Josef Hoop zu ihrem neuen Präsidenten

a. Landtagspräsident und F. Kommerzienrat

David Strub

Am vergangenen Samstag tagte die Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein unter dem Vorsitz von Alt-Bundesrat Dr. Karl Kobelt in Chur.

Vormittags waren die Vorstandsmitglieder Gäste der Bündner Kantonsregierung und wurden bei einem Empfang im Grauen Haus von Regierungsrat Dr. Willi herzlich willkommen geheißen.

Anschließend vereinigte im Hotel Stern ein gemeinsames Mittagessen bereits zahlreiche Mitglieder der Gesellschaft, die um 14.00 Uhr unter Führung von Prof. Stäuble die Kathedrale besuchten und den Domschatz besichtigten.

Um 16.00 Uhr fand im Hofkeller die Generalversammlung statt, an welcher mehr als 40 Mitglieder der Gesellschaft teilnahmen. Unter dem Vorsitz von Alt-Bundesrat Dr. Karl Kobelt wurde die Tagesordnung mit der Abnahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung in Angriff genommen. Im Mittelpunkt der Tagung stand dann ein ehrendes Gedenken für den verstorbenen Präsidenten, Landtagspräsident Fürstl. Justizrat Dr. Josef Hoop, dessen Verdienste Alt-Bundesrat Dr. Karl Kobelt nochmals eingehend würdigte. Hierauf wurde zur Wahl eines neuen Präsidenten geschritten. Ueber Vorschlag des Vorstandes wurde a. Landtagspräsident F. Kommerzienrat David Strub unter Beifall zum neuen Präsidenten der Gesellschaft erkoren. Mit Sonderapplaus wurde auch der bisherige Vicepräsident, Alt Bundesrat Dr. Karl Kobelt, bestätigt und an Stelle des zurücktretenden Quästors a. Bankdirektor Weder, St. Gallen, Herr August Oesch neu in den Vorstand berufen.

Unter dem Titel Anträge meldete sich Landtagsvicepräsident Dr. Alois Vogt zum Wort. Zwei Anträge waren es, die von der Gesellschaft einstimmig gebilligt wurden, nämlich die Durchführung einer kulturellen Ausstellung in Zürich und die Unterstützung der Bestrebungen zur Schaffung eines Technikums in der Schweiz. Nachbarschaft. Diese Anträge gingen an den Vorstand zur weiteren Ueberprüfung.

Ebenso Anklang fand ein Antrag auf finanzielle Unterstützung der Stiftung «Pro Werden»

Delegierten-Versammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei

Dienstag, den 17. Mai 1960, im Saale des Hotels Linde in Schaan

Heute Dienstag, den 17. Mai, abends 20.30 Uhr, findet im Saal des Hotels Linde in Schaan die ordentliche Parteidelegiertenversammlung für das Jahr 1960 statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Parteipräsidenten Dr. Richard Meier.
2. Referat von Regierungschef Frick über die Erfüllung des Arbeitsprogramms.
3. Neuwahlen der Landespartelleitung.
4. Freie Diskussion.

Wir verweisen auf die besonderen Einladungen.

Für die Parteileitung der fortschrittlichen Bürgerpartei:

Der Präsident: Dr. Richard Meier
 Der Sekretär: Edwin Nutt